

Schweiz

Die Bundesparlamentarier sind ein Abbild der Elite

Die Schweiz ist stolz auf ihre Milizpolitiker - doch diese drohen zu verschwinden, wie eine neue Studie zeigt.

Von Felix Schindler

Die Tendenz mag nicht überraschend sein - ihre Deutlichkeit hingegen schon: Milizpolitiker gehören zu einer verschwindenden Minderheit. Im Nationalrat hat sich ihre Zahl innert 30 Jahren halbiert, aus dem Ständerat sind sie praktisch verschwunden. Dies zeigt eine Studie, die im jüngsten «Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen» erschienen ist.

Die Autorin Sarah Bütikofer vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich schreibt: «Von einem Milizparlament kann definitiv nicht mehr gesprochen werden, wenn auch das Selbstverständnis (...) vieler Abgeordneter mithilft, diesen Mythos aufrechtzuerhalten.» Die Wissenschaftlerin verglich unter anderem die 39. Legislatur (1971-1975) mit der 47. (2003-2007) und

Download: Milizparlament am Ende? Studie von Sarah Bütikofer www.parlament.tagesanzeiger.ch

teilte die Parlamentarier in drei Gruppen ein:

- die Milizparlamentarier, die weniger als ein Drittel ihres Mandats der Politik widmen;
- die Halbberufspolitiker, die zwischen einem Drittel und zwei Dritteln ihrer Zeit der Politik widmen;
- die Berufspolitiker, die höchstens zu einem Drittel einer anderen Tätigkeit als der Politik nachgehen.

In den 1970er-Jahren hielten sich Berufspolitiker und Milizpolitiker ungefähr die Waage. Je gut 20 Prozent der Ständeräte waren damals diesen Gruppen zuzuordnen - heute sind dagegen knapp 60 Prozent von ihnen Berufspolitiker. Milizpolitiker sind aus der kleinen Kammer praktisch verschwunden. Im Nationalrat war bis 2007 die Mehrheit der Mitglieder Halbberufspolitiker. Ihre Zahl hat auf knapp 60 Prozent zugenommen, während nur noch einer von acht der Politik im Nebenamt nachgeht.

Kaum Führungskräfte

Bütikofer verglich ausserdem die beruflichen Hintergründe unserer Parlamentarier aus den 1970er-Jahren mit jenen aus der aktuellen Legislatur (2011-2015). Dort wird ersichtlich, dass besonders Führungskräfte in den Schweizer Parlamenten kaum mehr vertreten sind. Aktuell trifft das noch auf 1 von 46 Ständeräten zu und auf 8 von 200 Nationalräten. In den 1970er-Jahren waren noch 37 Führungskräfte in der Bundesversammlung vertreten. Für die Führungskräfte mit grosser Verantwortung in einem Unternehmen sei es praktisch nicht mehr möglich, ein politisches Amt auf nationaler Ebene auszuführen.

Demgegenüber ist eine Berufsgattung im Parlament stärker gewachsen als jede



Wer in den Nationalratssaal schaut, sieht dort immer mehr Profi- statt Milizabgeordnete. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

andere: die Profiparlamentarier. Mehr als die Hälfte aller Ständeräte gibt heute als Beruf «Legislativpolitiker» an, in den 1970er-Jahren tat dies nicht ein Einziger. Auch im Nationalrat bezeichnen sich heute 32 Prozent als Vollzeitpolitiker, während das in den 1970er-Jahren lediglich auf 3 Prozent zutrif.

In ihrem Beitrag beschreibt Bütikofer ein weiteres neues Phänomen der politischen Gegenwart. Dass die Politik heute für immer mehr Parlamentarier zum Beruf werden konnte, habe eine neue Generation von Politikern entstehen lassen: die jungen Ambitionierten. Sie machen

bereits ein Viertel des Parlaments aus, sie seien «äusserst erfolgreich und denken offenbar noch lange nicht über einen Rückzug aus der Politik nach».

Politiker brauchen Mitarbeiter

Dass sich das Parlament in letzter Zeit stark professionalisiert hat, klingt im ersten Moment positiv. Doch die Schweiz setzt seit der Errichtung des nationalen Parlaments nicht ohne Grund auf das Milizsystem: Einerseits sind Milizpolitiker dank ihres beruflichen Standbeins unabhängig. Demgegenüber führe die materielle Abhängigkeit eines Berufspoliti-

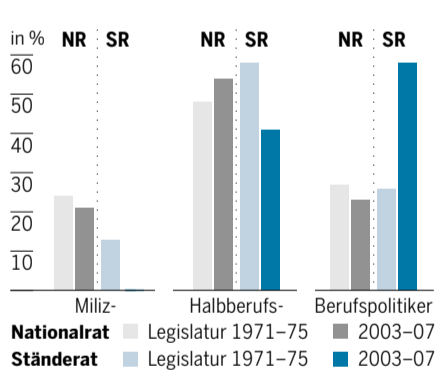
kers dazu, dass er grosses Interesse an der Fortsetzung seiner politischen Karriere habe, schreibt Sarah Bütikofer.

Andererseits sorgt das Milizsystem für eine starke Verankerung der Abgeordneten in der Bevölkerung. Deshalb erlaubt das passive Wahlrecht allen über 18-jährigen Schweizern, sich wählen zu lassen. Davon könne heute ein Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer keinen Gebrauch machen, schreibt Bütikofer. Realistischerweise könne sich nur jemand in die Bundesversammlung wählen lassen, der über die «nötigen Ressourcen verfügt und mit der Unplanbarkeit einer politischen Karriere umgehen kann», etwa indem er die berufliche Vorsorge geregelt habe.

Unter dem Strich haben über die Hälfte aller Nationalräte und über zwei Drittel aller Ständeräte keine Vorgesetzten oder einen vorgeschriebenen Arbeitsplan. Viele Parlamentarier können laut Bütikofer auf persönliche Mitarbeiter oder auf Personal einer Interessengruppe zurückgreifen.

Damit ist vor allem infrage gestellt, ob das Parlament die Schweizer Bevölkerung adäquat repräsentiere. Für Bütikofer ist klar, dass das nicht so ist: «Die Bundesversammlung ist kein Milizparlament mehr, sondern genauso ein Abbild der Elite wie anderswo auch.»

Miliz- und Berufspolitiker im Parlament



Beruflicher Hintergrund Nationalräte

Legislatur	1971-75	2011-15
Unternehmer	3%	6%
Selbstständige	17%	14%
Führungskräfte	15%	4%
Soz.-kult. Spezialisten	10%	10%
Techn. Spezialisten	1%	5%
Landwirtschaft	8%	7%
Verbandsfunktionäre	9%	10%
Politik (Exekutive)	16%	8%
Politik (Legislative)	3%	32%
Anderes	18%	3%

TA-Grafik / Quelle: SGP

«Eidgenössisch anerkannte» Weiterbildung wird abgeschafft

Die Fachhochschulen dürfen ihre MAS-Titel nicht mehr «eidgenössisch anerkannt» nennen. Parlamentarier warnen vor der Abwertung und fordern eine Lösung.

Von Anja Burri, Bern

Seit einigen Jahren haben die Fachhochschulen auf dem umkämpften Weiterbildungsmarkt gleich lange Spiesse wie die Universitäten: Beide dürfen die Weiterbildungstitel «Master of Advanced Studies» (MAS) und «Executive Master of Business Administration» (EMBA) vergeben. Und als ergänzendes Gütesiegel schmücken die Fachhochschulen ihre Titel mit dem alten Zusatz «eidgenössisch anerkannt».

Damit soll bald Schluss sein. Das neue Hochschulförderungsgesetz (HFKG) schafft nämlich voraussichtlich ab 2015 den «bundesrechtlichen Titelschutz» von Fachhochschuldiplomen ab. «Durch verlieren Weiterbildungsdiplome an Wert», sagt Christian Wasserfallen, FDP-Nationalrat und Präsident des Dach-

verbands Absolventinnen und Absolventen Fachhochschulen (FH Schweiz). Das Prädikat «eidgenössisch anerkannt» sei für Absolventen und Arbeitgeber ein wichtiges Gütesiegel. Wasserfallen und CVP-Ständerat Ivo Bischofberger, Mitglied des Beirates von FH Schweiz, versuchten den Verlust mit Vorstössen im Parlament abzuwenden. Die Abwertung der Weiterbildung könne die Fachhochschulen allgemein abwerten, warnte Bischofberger im Ständerat.

Mit Erfolg. Beide Räte hiessen seine Motion 2011 respektive 2012 gut. Diese verpflichtet den Bund dazu, bei der Umsetzung des HFKG dafür zu sorgen, dass die MAS-Titel der Fachhochschulen eidgenössisch geschützt bleiben. Und der Nationalrat verlangte vom Bundesrat einen Bericht mit Lösungsvorschlägen.

Gestern verabschiedete der Bundesrat diesen Bericht. Dieser kommt zum Schluss, dass die künftige Hochschulkonferenz dafür zuständig ist, Vorschriften über die Weiterbildung zu erlassen. Die Hochschulkonferenz, der alle Kantone und der Bund angehören, ist ab 2015 für alle Universitäten und Fachhochschulen verantwortlich.

Die Rektoren aller Universitäten und Fachhochschulen müssen sich also auf einen Titelschutz für die Fachhochschulen einigen. Dies ist pikant, da die Universitäten auf dem lukrativen Weiterbildungsmarkt in direkter Konkurrenz zu den Fachhochschulen stehen.

Auch Wasserfallen und Bischofberger erwarten Reibereien zwischen den Konkurrenten. Wasserfallen schlägt einen Kompromiss vor: Die Hochschulkonferenz solle den Entscheid fällen, dass die Fachhochschulen einzelne MAS- oder MBA-Abschlüsse akkreditieren lassen können. Statt des Titels «eidgenössisch anerkannt» trügen diese Weiterbildungen künftig immerhin das Prädikat «gesamtschweizerisch anerkannt».

Unlautere Konkurrenz

Ob dadurch der «Titelwettbewerb», den das Parlament und auch der Bundesrat kritisieren, gelöst würde, dürfte umstritten bleiben. Mit dem Zusatz «eidgenössisch anerkannt» konkurrenzieren die Fachhochschulen auf unlautere Weise die Abschlüsse der höheren Berufsbildung, schrieb der Bundesrat in seiner Antwort auf Bischofbergers Motion.

Ein Beispiel: Der «eidgenössisch diplomierte Human-Resources-Leiter» ist ein formaler Bildungsabschluss, den Personalchefs mit einer Ausbildung an einer höheren Fachschule und einer eidgenössischen Prüfung erwerben können. Kostenpunkt: Rund 12 000 Franken für 400 Lektionen. Verschiedene Fachhochschulen bieten demgegenüber die Weiterbildung unter dem Titel «eidgenössisch anerkannter MAS in Leadership and Management» an. Kostenpunkt: rund 35 000 Franken. Die Anzahl Lektionen variiert, da der Studiengang aus verschiedenen Bausteinen zusammengesetzt werden kann.

Der Bundesrat selbst machte gestern keine Vorschläge, wie die Hochschulkonferenz das Problem der Titelanerkennung lösen könnte. Der detaillierte Bericht wird erst im Januar veröffentlicht. Bischofberger will diesen zuerst studieren. Falls sich der Bundesrat mit dem Papier darauf beschränke, die Verantwortung an die Hochschulkonferenz zu delegieren, sei seine Motion nicht erfüllt, sagt er. Eine Abschreibung des Vorstosses, wie es der Bundesrat vorschlägt, komme in diesem Fall nicht infrage.

Nachrichten

Potentatengelder 760 Millionen Franken bleiben weitere drei Jahre gesperrt

Rund 760 Millionen Franken aus Tunesien und Ägypten, die im Zuge des arabischen Frühlings auf Schweizer Bankkonten eingefloren worden sind, bleiben für weitere drei Jahre gesperrt. Das hat der Bundesrat gestern beschlossen und mitgeteilt. (SDA)

Abkommen Schweiz - EU

Die Schweiz beteiligt sich an europäischer GPS-Alternative

Die EU und die Schweiz haben ein Abkommen zu den Satellitennavigationsprogrammen Galileo und Egnos unterzeichnet. Die europäischen Systeme sollen eine Alternative zum US-System GPS bieten. Dadurch soll die Abhängigkeit europäischer Benutzer vom durch das US-Militär kontrollierten GPS beendet und die Verfügbarkeit der Daten sowohl in Friedens- als auch in Krisenzeiten sichergestellt werden. Das europäische System soll zudem eine präzisere Navigation als GPS ermöglichen. (SDA)

Asylrecht

Die Schweiz muss die Vorbereitungsphase verkürzen

Die Schweiz muss ihr Asylrecht an die neusten Entwicklungen der EU anpassen. Der Bundesrat ändert darum auf Anfang 2014 das Dublin-Abkommen. Die neue Verordnung enthält beispielsweise Bestimmungen zu Dauer und Voraussetzungen für eine Administrativhaft. Neu darf die Haft nur noch angeordnet werden, wenn erhebliche Gefahr besteht, dass der Betroffene untertaucht. Die Dauer wird auf sechs Wochen beschränkt. Heute können Schweizer Behörden Betroffene bis zu sechs Monate inhaftieren. (SDA)

Verkehr

Vernehmlassung für Strassenfonds verschoben

Die Vernehmlassung zum vom Bundesrat geplanten Fonds für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr beginnt voraussichtlich erst im Februar 2014. Zunächst hatte der Bundesrat seinen Entwurf noch vor Ende Jahr veröffentlicht wollen. Zum Projekt gehört eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages auf Treibstoffen. (SDA)

Gesundheit

Comparis warnt vor Prämien-Kosten-Differenz

Die Krankenkassenprämien decken die Gesundheitskosten nicht. Der Internetvergleichsdienst Comparis.ch schlägt Alarm: Dies führe früher oder später zu einem Prämienstocher. Ein vom Bundesamt für Gesundheit bestelltes Kostenmonitoring zeigt, dass die Gesundheitskosten in den ersten neun Monaten 2013 gegenüber der Vorjahresperiode um 7,94 Prozent stiegen, die Prämien laut Comparis nur um 3,3 Prozent. (SDA)

Datenschutz

Bundesrat rügt einzelne Krankenversicherer

Trotz Verbesserungen nehmen einige Krankenversicherer den Datenschutz nach wie vor auf die leichte Schulter. Der Bundesrat kritisiert nach einer Umfrage einzelne Unternehmen. Besonders problematisch sei die Auslagerung von Dienstleistungen. (SDA)

Inseraterubriken

Amtliche & div. Mitteilungen - 29
Gottesdienste - nur Samstags
Todesanzeigen - 29
Bildung & Kurse -
Erotik - 30
Ferien & Reisen -
Kultur & Veranstaltungen -
Auto - 36
Finanzmarkt & Treuhand - 36
Immobilien Miete - 36
Immobilien Verkauf - 36
Marktplatz - 8
Büro & Multimedia - 8
Haus & Garten - 8
Beauty & Wellness - 8
Freizeit, Sport & Genuss -
Bekleidung & Accessoires - 8
Privatmarkt -
Rendez-vous - nur Fr. und Sa.
Stellen - 24